

M m 35

Offener Brief

an Herrn Geh. Regierungsrat Grützner in Breslau,
Major d. R. a. D.

Breslau, den 21. Mai 1913.

Sehr geehrter Herr!

Sie haben unmittelbar vor den Landtagswahlen im Auftrage des Wahlausschusses der rechtsstehenden Parteien an die Reserve-, Landwehr- und Sanitätsoffiziere in Breslau einen Brief gerichtet, in dem Sie unter Beifügung Ihrer militärischen Rangstellung die Adressaten zur Wahl rechtsstehender Wahlmänner zu veranlassen suchen. Sie erklären darin, im Hinblick auf den auch für das bürgerliche Leben verbindlichen Fahneid sei es Pflicht jeden Offiziers, nur solche Parteien zu unterstützen, die staatsertreu und national unbedingt zuverlässig seien, dabei scheidet von vornherein die sozialdemokratische Partei und auch jede andere aus, die sich als Helferin oder Verbündete der Sozialdemokratie gezeigt habe, und Sie fragen weiter, wie es in dieser Hinsicht mit den Liberalen stehe.

In Beantwortung dieser Frage behaupten Sie dann von den Nationalliberalen, bezw. den Jungliberalen, die nach Ihrer Meinung die Führung und Entscheidung bei den Nationalliberalen haben sollen, folgendes:

Ihr Ideal sei der Großblock von Bassermann bis Bebel, ihre Unterstützung der Sozialdemokratie in weiten Kreisen des Vaterlandes, nicht nur in Süddeutschland, ihr Eintreten für Bebel und Scheidemann bei der Präsidentenwahl im Reichstage sei mit dem nationalen Empfinden und der Pflichtauffassung eines Offiziers unvereinbar.

Sie behaupten dann weiter, daß einer der drei in Breslau aufgestellten liberalen Kandidaten, der Kunstschlerrmeister Koniechny, lange Zeit Mitglied und Agitator des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes gewesen sei, und erklären schließlich, unbedingt zuverlässig in nationaler Beziehung und frei von jeder sozialdemokratischen Gemeinschaft hätten sich stets die konservativen Parteien bewährt. Demzufolge fordern Sie die Reserve-, Landwehr- und Sanitätsoffiziere auf, für die Wahlmänner dieser Parteien und des hier in Breslau mit ihnen verbündeten Zentrums zu stimmen.

Der Sinn und Zweck dieser Ausführungen ist offenbar der, den Liberalismus und insbesondere auch die Nationalliberale Partei in Breslau als in nationaler Beziehung unzuverlässig hinzustellen und



bei den hiesigen Reserve-, Landwehr- und Sanitätsoffizieren den Anschein zu erwecken, als ob das Eintreten für die liberalen Parteien, insbesondere auch für die Nationalliberale Partei mit dem Fahnen- und der Pflichtauffassung eines Offiziers unvereinbar sei. Um diesen Ihren Zweck zu fördern, haben Sie einmal Ihrem Namen Ihre Offizierscharge beigelegt, andererseits aber haben Sie auch nicht davor zurückgeschreckt, unwahre Behauptungen über das Verhältnis der nationalliberalen zur sozialdemokratischen Partei und über die Person eines der drei liberalen Kandidaten aufzustellen.

Zu den einzelnen in Ihrem Schreiben aufgestellten Behauptungen ist folgendes zu bemerken:

1. Der Großblock von Bassermann bis Bebel, d. h. eine Arbeitsgemeinschaft der beiden liberalen und der sozialdemokratischen Partei im Reichstage und eine dementsprechende gegenseitige Stützwahlunterstützung ist in unzähligen Kundgebungen, von den nationalliberalen Vertretertagen, von sämtlichen Führern der Partei und von der gesamten nationalliberalen Presse stets abgelehnt worden. Nach dem Bericht der „Schlesischen Zeitung“ in Nr. 692 vom 3. Oktober 1910 führte Bassermann, der Vorsitzende der nationalliberalen Reichstagsfraktion, unter lebhaftem Beifall auf dem Vertretertage in Kassel folgendes aus:

„Niemand hier im Saale wird den Großblock im Reiche empfehlen. Ich weiß, welcher Unfug getrieben wird mit Kaumanns Wort „von Bassermann bis Bebel“. Der alte Bebel hat ja auf dem sozialdemokratischen Parteitage auch davon gesprochen. Wir haben beide die Redewendung als Unsinn bezeichnet. Es ist das reine Phantasiegebilde Kaumanns.“

Ebenso hat der Führer der preussischen Landtagsfraktion, Geheimrat Dr. Friedberg, wiederholt, insbesondere auch in einer Rede vom November 1910 zu Mülheim a. d. Ruhr, die Nachahmung des aus Kottwehr gegen das Zentrum geschaffenen badischen Großblocks von sich gewiesen.

Endlich hat auch der Vorsitzende des Reichsverbandes der jungliberalen Vereine, Rechtsanwalt Dr. Kauffmann, wiederholt, zuletzt noch in einem programmatischen Leitartikel der „Jungliberalen Blätter“ vom 1. Februar 1913, einen solchen Gedanken abgelehnt, indem er an der bezeichneten Stelle schreibt:

„Das Wort: „Großblock ist Unsinn!“ bleibt daher auch nach unsrer jungliberalen Ansicht für die Reichspolitik absolut richtig.“

Auch in ihrem Bericht über den letzten nationalliberalen Vertretertag in Hannover teilte die „Schlesische Zeitung“ den einstimmig gefaßten Beschluß mit, daß keine nationalliberale Parteiorganisation und kein Kandidat irgendwelche Verpflichtungen gegenüber der Sozialdemokratie übernehmen dürfe.

Daß Sie als politischer Führer von diesen Kundgebungen und von all den zahlreichen zustimmenden Erklärungen der nationalliberalen Presse keine Kenntnis erlangt haben sollten, wäre außerordentlich merkwürdig. Jedenfalls aber ist es eine grobe Unwahrheit, zu behaupten, das Ideal der Nationalliberalen sei ein Großblock von Bassermann bis Bebel.

2. Unwahr ist ferner Ihre Behauptung, daß die Nationalliberale Partei die Sozialdemokratie in weiten Kreisen unseres Vaterlandes, nicht nur in Süddeutschland, unterstütze, oder unterstütze habe. Lediglich im Kampf mit dem partikularistischen und antinationalen Ultramontanismus haben die Nationalliberalen in Baden ein Wahlabkommen mit Fortschritt und Sozialdemokratie abgeschlossen, um eine Zentrumsmehrheit im badischen Landtage zu verhindern, die zur Folge haben würde, daß die Schule der Kirche ausgeliefert und damit die Volksbildung auf dasselbe Niveau herabgedrückt würde, wie in den Ländern, in denen der Klerus die Schule beherrscht. — Aus ähnlichen Gründen ist dies in Bayern geschehen. Außerhalb dieser süddeutschen Staaten, insbesondere in Preußen, ist die Nationalliberale Partei niemals für die Sozialdemokratie eingetreten.

3. versuchen Sie die Abstimmung eines Teils der nationalliberalen Reichstagsabgeordneten bei der Präsidentenwahl gegen uns auszubenten. Selbst wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die betreffenden Abgeordneten einen Fehler gemacht haben, ist es unerhört, ihnen deshalb das „nationale Empfinden“ abzustreiten. Das nationale Empfinden kommt zum Ausdruck bei der Wahl zum Reichstag durch die Wähler und bei den parlamentarischen Abstimmungen der Abgeordneten über Vorlagen und Anträge; bei Wahlen innerhalb des Reichstages, die wie die Präsidentenwahl, die Wahl in die Kommissionen usw. interne häusliche Angelegenheiten des Reichstages selbst sind, gibt nicht das mehr oder weniger nationale Empfinden, sondern geben Zweckmäßigkeitsgründe, die Stärke der Fraktionen usw. den Ausschlag. Oder fehlte auch Bismarck das nationale Empfinden und die Pflichtauffassung eines Offiziers, als er 1895 die Frage der Wahl eines sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten in einem Artikel in den „Hamburger Nachrichten“ in folgenden Sätzen behandelte:

„Wir halten es für einen taktischen Fehler der übrigen Fraktionen, nicht darauf bestanden zu haben, daß die Sozialdemokratie als nächststärkste Partei neben dem Zentrum eine Präsidentenstelle zu übernehmen habe. Es liegt, unserer Auffassung nach, in der Aufgabe der übrigen parlamentarischen Fraktionen, die sozialdemokratische Partei durch alle parlamentarischen Mittel zur Entwicklung ihrer Zukunftspläne zu nötigen. . . . In der Präsidialstellung können manche Situationen

eintreten, durch welche ein sozialdemokratischer Präsident gezwungen wird, die Maske, mit der er seine Zukunftspolitik verdeckt, einigermassen zu lüften.“

U n w a h r i s t a u c h

4. Ihre weitere Behauptung, daß der von den liberalen Parteien aufgestellte Kandidat, Kunsttischlermeister Konieczny, lange Zeit Mitglied und Agitator des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes gewesen sei. Tatsächlich gehörte Herr Konieczny nur von 1890—1893 einer Gewerkschaft von Tischlergesellen an, die nicht sozialdemokratisch war. Heute ist Herr Konieczny, und zwar schon seit langen Jahren, erster Vorsitzender des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe und zweiter Obermeister der Breslauer Tischlerinnung. Diese Tatsachen sind in den letzten Wochen des Wahlkampfes in der Öffentlichkeit in den verschiedensten Formen festgestellt worden.

5. behaupten Sie, unbedingt zuverlässig in nationaler Beziehung und frei von jeder sozialdemokratischen Gemeinschaft hätten sich stets die konservativen Parteien bewährt. Demgegenüber erinnern wir zunächst an die Ausführung der konservativ-bündlerischen Drohung: „D h n e K a n i k, k e i n e K ä h n e!“; ferner an das aus konservativem Munde stammende Wort von der „g r ä ß l i c h e n F l o t t e“. Ferner seien einige Kreise angeführt, deren Wahlziffern mit absoluter Sicherheit ergeben, daß vielfach Hunderte und Tausende konservativer Stimmen für die Sozialdemokratie gegen die Liberalen abgegeben worden sind.

Bei den Ersatzwahlen in Frankfurt a. O. = Lebus 1910 und in Neustadt-Landau 1909 läßt sich ziffernmäßig nachweisen, daß nur durch Abschwenken einer größeren Anzahl von Stimmen, die in der Hauptwahl konservativ gewählt hatten, zu den Sozialdemokraten deren Sieg über die Nationalliberalen herbeigeführt worden ist.

Aus der Zahl der Wahlkreise, die 1912 durch direkten Uebergang konservativer Stimmen ins sozialdemokratische Lager dem Bürgertum verloren gingen, seien nur zwei herausgegriffen:

B a y r e u t h. Hauptwahl: Soz. 10 953, Natl. 6012, Konf. 5721. Stichwahl: Soz. 12 727, Natl. 7465.

G ö r l i c h. Hauptwahl: Soz. 20 498, Vpt. 13 901, Konf. 7615. Stichwahl: Soz. 23 249, Vpt. 18 839.

Wir erinnern ferner an die „roten Zettel“ des konservativ-bündlerischen Kandidaten Prof. Dr. Dade, Generalsekretärs des deutschen Landwirtschaftsrats, an die Stichwahlabkommen der konservativen Kandidaten, bezw. Abgeordneten Feldmann (Hildesheim), v. Bolko (Sagan-Sprottau), W. Vogt (Hall), Strekies (Memel-Heidekrug), um von den zahlreichen erwiesenen Fällen konservativ-sozialdemokratischer Abkommen nur einige aus der letzten Zeit zu nennen.

Ist es Ihnen unbekannt, daß selbst hohe Offiziere a. D., die Führer der Konservativen in Schlesien sind, trotz des „auch für das bürgerliche Leben verbindlichen Fahneneides“ die Sozialdemokratie durch Stimmenthaltung bei der Reichstagswahl gefördert haben, und das auf Grund konservativer Parteiparole?

Alle diese offenkundigen Tatsachen müßten Ihnen, als politischem Führer, doch eigentlich bekannt sein!

6. Von dem Zentrum wagen Sie selbst nicht zu behaupten, daß es national unbedingt zuverlässig und frei von jeder sozialdemokratischen Gemeinschaft gewesen sei. Trotzdem aber fordern Sie die Offiziere des Beurlaubtenstandes auf, für die Zentrumsparlei, die langjährige Bundesgenossin aller Staats- und Reichsfeinde, der Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Elfässer, einzutreten. Es ist erstaunlich, wie rasch und vollständig Sie über dem angeblichen Großblockideal der Nationalliberalen die wirklichen Bündnisse des Zentrums mit der Sozialdemokratie bei Landtags- und Reichstagswahlen vergessen haben.

Ein starkes Stück ist es aber auch, zu behaupten, daß die Konservativen und die hier in Breslau mit ihnen verbündete Zentrumsparlei mit aller Entschiedenheit für ein starkes Königtum und die Kräftigung aller Staatsautorität eintreten.

Tatsächlich ist die Staatsautorität bei den Konservativen nur dann gut aufgehoben, wenn die jeweilige Staatsregierung den Konservativen die politische Herrschaft im Staate zu sichern bereit ist, sonst ist man sogar geneigt, „den Kaiser als politischen Gegner anzusehen“ (Korrespond. d. Bundes der Landwirte vom 27. März 1894) und droht, „unter die Sozialdemokraten zu gehen und ernstlich gegen die Regierung Front zu machen“. (Ausruf von Ruprecht-Kaufmann.) Sehr treffend hat einmal der frühere Führer des Bundes der Landwirte, v. Ploetz, die konservative Auffassung von der Staatsautorität gekennzeichnet mit den Worten: „Wir stützen die Autorität, aber es muß nur die richtige sein.“

Wie bringen Sie es weiter in Einklang mit der „Kräftigung aller Staatsautorität“, daß die Konservativen im Gegensatz zum Könige, der in der Reform des preussischen Wahlrechts „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ erblickt und seinen Willen in der Thronrede vom 2. Oktober 1908 mit aller Entschiedenheit für eine organische Fortentwicklung des Wahlrechts eingesetzt hat, mit derselben Entschiedenheit gegen die Autorität des Königs für das Festhalten an dem jetzigen Wahlrecht eintreten, das ihnen die politische Herrschaft sichert?

Die Behauptung in Ihrem Schreiben, daß auch das Zentrum „für ein starkes Königtum und die Kräftigung aller Staatsautorität“ eintrete, steht im Widerspruch mit Tatsachen, die auch Ihre Partei

bis vor kurzem stets anerkannt hat. Unter dem Vorwande, Gott mehr gehorchen zu müssen, als dem Menschen, haben die Ultramontanen Befehlen des Staates den Gehorsam verweigert, die nichts verlangten, als was die Katholiken in andern Staaten erfüllten.

Das Zentrum erstrebt die Herrschaft der Kirche über den Staat. Das Zentrum stellt die kirchliche Autorität stets über die des Staates. Das Zentrum hat auch seine Zustimmung zu dringenden Wehrforderungen theils verweigert, theils von Gegenleistungen auf andern Gebieten abhängig gemacht.

Obwohl Sie bereits seit langen Jahren in führender Stellung im politischen Leben stehen, wollen wir nicht annehmen, daß Ihnen die Unwahrheit Ihrer soeben widerlegten Behauptungen bewußt gewesen ist. Der Vorwurf aber kann Ihnen nicht erspart bleiben, daß Sie unter Mißbrauch Ihrer Offiziersstellung die zumeist jüngeren und im Range unter Ihnen stehenden Offiziere des Beurlaubtenstandes durch die grob fahrlässige Aufstellung unwahrer Behauptungen irre zu führen gesucht haben.

Wir protestieren daher namens der Nationalliberalen Partei in Breslau mit aller Entschiedenheit gegen Ihre Verdächtigung unsrer nationalen Zuverlässigkeit. Wir protestieren aber auch ferner gegen dieses Hineintragen parteipolitischer Gegensätze in unsre Armee, welches den kameradschaftlichen Geist unseres Offizierskorps zu gefährden geeignet ist.

Die Nationalliberale Partei hat stets Beamte und Offiziere bis in die höchsten Stellungen hinauf als Mitglieder, Führer und Abgeordnete gehabt und hat sie noch. Wenn Sie, Herr Geheimrat, kein Empfinden für die überaus schwere Beleidigung besitzen, die Sie durch Ihre unwahren Behauptungen ungezählten, hochangesehenen und um das Vaterland hochverdienten Männern zugefügt haben, so sind wir doch überzeugt, daß alle billig denkenden unter Ihren politischen Freunden eine derartige Kampfweise mit uns aufs schärfste verurtheilen werden.

Der Vorstand des nationalliberalen Wahlvereins zu Breslau.

F. A.: Prof. Dr. Kaufmann, Geh. Regierungsrat. Professor
Dr. Wendt, Archibdirektor. Saenger, Regierungsrat.

Der Vorstand des Vereins der nationalliberalen Jugend zu Breslau.

F. A.: Dr. Friedensburg, Rechtsanwalt. Berman, Dipl.-Ingenieur.



Y m 35

Die Angriffe

des Herrn Geheimen Regierungsrat
Grüner in Breslau

auf die nationalliberale Partei

und ihre Erwiderung

durch die Vorstände des national-
liberalen Wahlvereins zu Breslau
und des Vereins der national-
liberalen Jugend zu Breslau.



Breslau, Anfang Juni 1913.

81014/6